



**45.000 Gerichte für Jugendliche und Lehrer:innen täglich:**

**Biologisch, regional und gesund?! Die Entscheidung über die zukünftige Ausrichtung von Restopolis liegt bei Regierung und Parlament!**

Derzeit wird in der Abgeordnetenkommission über die Umgestaltung des heutigen "Service Restopolis" des Erziehungsministeriums in eine eigenständige Verwaltung diskutiert.

Was etwas dröge und eher als rein administrativer Akt klingt, ist von herausragender Bedeutung für die Luxemburger Landwirtschaft, den Biolandbau, den Klima- und Biodiversitätsschutz und schlussendlich auch für das Wohlbefinden zahlreicher Jugendlicher und Lehrer:innen.

Restopolis ist verantwortlich für die Verpflegung der Kantinen und Cafeterias in den Bildungseinrichtungen und somit nach eigenen Angaben für über 45.000 Gerichte täglich. Derzeit entscheidet Restopolis selbst u. a. über die Herkunft der Produkte und die Menügestaltung.

Das Resultat: trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren werden nur begrenzt biologische und regional produzierte Lebensmittel verwendet und auch das Angebot an vegetarischen und veganen Gerichten ist ausbaufähig.

Nun, da Restopolis mittels Gesetzesprojekt in eine Verwaltung umgestaltet werden soll, drängen der Mouvement Ecologique und die "Lëtzebuurger Landjugend a Jongbaueren" darauf, dass Restopolis seitens der Regierung und des Erziehungsministeriums (als federführendes Ministerium) **klare, eindeutige und verbindliche Vorgaben** erhält, was in Zukunft im Besonderen die Beschaffung der Lebensmittel betrifft.

In Zeiten, in denen der Biolandbau sowie die regionale Landwirtschaft in der Gesellschaft an Bedeutung gewinnen – die Lebensmittelproduktion "re-regionalisiert" werden soll - kann es nicht sein, dass der Staat in "seinen" Kantinen diese so wichtigen Fragen nicht ausreichend regelt.

Man stelle sich vor, was sich alles agrarpolitisch verändern würde, wenn Restopolis in einigen Jahren in einer engen Kooperation mit allen Landwirten regional produzierte und qualitativ besonders hochwertige Lebensmittel anbieten würde!?

Dies würde nicht nur dazu beitragen, dass über 45.000 Nutzer:innen in Lyzeen und anderen Bildungseinrichtungen täglich gesunde Lebensmittel erhalten, die Landwirte ein sicheres Einkommen haben, ohne im aktuellen Ausmaß vom Weltmarkt abhängig zu sein. Es wäre zudem von zentraler Bedeutung für den Erhalt der Biodiversität sowie den Schutz des Klimas.

Eigentlich eine "win-win"-Situation auf allen Ebenen.

Dabei gibt es de facto keine wirklichen Gegenargumente dazu. Es sei denn jenes, dass eine Struktur wie Restopolis nicht mehr einen zentralen Großeinkauf erledigen kann, sondern sich verstärkt bemühen müsste, mit kleineren Produzenten zusammen zu arbeiten. Dies würde von Restopolis – oder ihren Auftraggebern – ein **fundamentales Umdenken in Richtung einer dezentraleren Organisation** erfordern, im Rahmen derer auch die Schulgebäude ein **Mitspracherecht** hätten.

Angesichts der zahlreichen Vorteile, die daraus entstehen, wäre dies ein zukunftsreicher Weg!

Mouvement Ecologique und "Lëtzebuurger Landjugend a Jongbaueren" setzen sich deshalb mit Entschiedenheit dafür ein, dass diesbezügliche klare Bestimmungen im Gesetz zu Restopolis -feste **Mindestquoten** für biologische und regionale Lebensmittel, die jährlich ansteigen müssten - aufgenommen werden.

Ohne derartige Bestimmungen im Gesetz selbst bliebe es dem Gutdünken bzw. dem Eigenermessen von Restopolis überlassen, inwieweit sie in Zukunft biologische und regionale Produkte anbieten bzw. ihr Angebot an vegetarischen und veganen Gerichten entwickeln würden. Und nicht zuletzt würde es bedeuten, dass Landwirte / Produzenten aus der Region weiterhin keine bzw. kaum eine Chance haben, sich an den Ausschreibungen zu beteiligen.

**Leider regelt der vorliegende Gesetzesentwurf aus unverständlichen Gründen all dieses nicht. Die "Macht" und Alleinentscheidungsbefugnisse von Restopolis sollen sogar eher ausgebaut und gefestigt werden.** Im Übrigen ist Restopolis derzeit nicht nur ein "Staat im Staat": Restopolis setzt sich auch über die Köpfe der Direktionen hinweg, denn Lehrer:innen und Schüler:innen werden ebenfalls nicht in die Produktauswahl sowie die Gestaltung der Menüs eingebunden. Dabei soll die Schule von heute mündige Bürger:innen "heranziehen" – sie selbst wird aber gegenüber Restopolis vom Erziehungsministerium als unmündig erklärt ...

Eine Reform des Gesetzesprojektes ist deshalb unbedingt geboten:

Restopolis muss gezwungen werden umzudenken, um nicht mehr in einem engen Zeitrahmen landesweit das gleiche Menü anzubieten. Bei dieser Masse an Lebensmitteln, die dabei notwendig sind, haben Luxemburger Produzenten keine Chance sich zu beteiligen. Es muss Schluss sein mit dieser zentralistischen, ausschließlich am Großmarkt orientierten Lebensmittelbeschaffung.

In diesem Sinne sollte - in Anlehnung an ausländische Beispiele wie z.B. Wallonien - gemeinsam mit der Landwirtschaft **strategisch** festgelegt werden, in welchen Sparten in Zukunft welche Abnahme durch Restopolis erfolgen kann, um so die Produktion daran orientieren zu können.

Und natürlich: es müssen die bereits genannten Mindestquoten für biologische und regionale Lebensmittel verankert werden.

Nur so besteht wirklich die Garantie, dass die Lebensmittelversorgung in Kantinen in Zukunft den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung entsprechen wird. Die legale Verankerung ist die einzige Garantie, dass dies auch langfristig gesichert ist, unabhängig vom Gutdünken von Restopolis oder einzelner Verantwortlicher.

Schlussendlich darf gerade der Staat bei der Verpflegung in den Kantinen nicht länger darauf drängen, dass das ausschlaggebende Kriterium für den Einkauf der Lebensmittel der bestmögliche Preis ist.

Dies alles kann aber nur gelingen, wenn auch das Landwirtschaftsministerium seine Verantwortung mit übernimmt: gemeinsam mit Landwirten Strategien entwickelt, welche Produkte verstärkt in Luxemburg angebaut und in Kantinen genutzt werden können, modellhafte Ausschreibungen für regionale Produkte erstellt u. a. m.. Nur so erhalten Landwirte Planungssicherheit.

**Die Schüler:innen und Landwirt:innen haben ein Recht auf gesundheitsförderliche, unbelastete Ernährungsangebote sowie Planungssicherheit, die von den politisch gewählten Entscheidungsträgern garantiert werden muss und nicht vom Gutdünken und der Selbstdefinition einer nachgelagerten Verwaltung abhängen darf.**

**Nicht zuletzt hat Luxemburg eine Verantwortung und somit auch Verbindlichkeiten in Sachen Klima- und Biodiversitätsschutz, die ebenfalls mittels der Restauration in Kantinen gefördert und gewährleistet werden müssen.**

Mouvement Ecologique und "Lëtzebuurger Landjugend a Jongbaueren"

13. Juni 2022